

23. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

2./3. Oktober 2004, Kiel, Ostseehalle

Beschluss

Die Zukunft der Entwicklung Ostdeutschlands

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben gezeigt, dass die Entwicklungen in Ostdeutschland nicht differenziert genug wahrgenommen werden. Wir nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst.

Aber wir machen ihnen keine Versprechungen, die wir nicht halten können!

Zu dieser Ehrlichkeit gehört vor allem, dass es für das Problem der Arbeitslosigkeit keine Patentrezepte und schnellen Lösungen gibt. Bündnisgrüne Politik zielt darauf ab, die Weichen so zu stellen, dass neue und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Auf der Suche nach Wachstumspotenzialen sind wir die Garanten für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Umsetzung kann nur durch die Eigeninitiative der Menschen und Unternehmen gelingen. Die Politik kann diese nicht ersetzen. Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass die Menschen ihre Ideen verwirklichen können.

Zeit für eine Zwischenbilanz

Am 31.12.2004 läuft der Solidarpakt I aus. Ihm folgt der Solidarpakt II, der den neuen Ländern bis zum 31.12.2019 finanzielle Planungssicherheit garantiert. Mit dem Auslaufen des Solidarpakt I ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und eine differenzierte Betrachtung des bisher Erreichten vorzunehmen.

Die Ostdeutschen haben seit 1989 einen tief greifenden wirtschaftlichen und politischen Systemumbruch erfahren. Auch wenn die individuelle Wirkung sehr unterschiedlich war, haben sie damit einen Erfahrungsvorsprung im Umgang mit dem andauernden Wandel unserer Wirtschaftswelt. Sowohl ihre Motivation als auch ihr Ausbildungsniveau ist hoch. Von diesem Kapital in den Köpfen der Menschen profitieren auch die Unternehmen. Die ostdeutsche Wirtschaft beschreitet inzwischen einen - wenn auch noch schmalen - eigenständigen Entwicklungspfad. Die Region Dresden gilt schon heute als europäisches Zentrum der Mikroelektronik. Das Dreieck Leipzig, Chemnitz, Zwickau sowie Eisenach sind Zentren des Automobilbaus. Jena ist erfolgreicher Standort der Optik und Medizintechnik. In Berlin und Brandenburg entwickeln sich die Branchen Biotechnologie und Medien erfolgreich. Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Brandenburgs Chancen liegen in der Weiterentwicklung des Tourismus. Darüber hinaus haben sich in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-

Vorpommern zahlreiche Wind- und Solarenergiefirmen angesiedelt.

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die wirtschaftliche Dynamik in Ostdeutschland verlangsamt. Die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch. Dafür gibt es keine einfachen Lösungen. Wir müssen in vielen Bereichen etwas verändern, um die Standortbedingungen für Unternehmen zu verbessern und damit neue Beschäftigung schaffen. Viele Städte und Regionen konnten bislang keine tragfähige Wirtschaftsbasis entwickeln. Die Folgen sind Abwanderung und ein hoher Leerstand von Wohn-, Büro- und Gewerbegebäuden.

Das verarbeitende Gewerbe weist allerdings seit 1992 eine beachtliche Wachstumsrate von durchschnittlich 3,7 % auf, die damit deutlich über dem westdeutschen Niveau liegt. Nach der weitgehenden Deindustrialisierung im Zuge der Wiedervereinigung vollzieht sich momentan in diesem Wirtschaftszweig der eigentliche Aufholprozess. Diese erfreuliche Entwicklung wird immer noch von einem Schrumpfungsprozess in der Bauwirtschaft überdeckt, deren künstliche Aufblähung Resultat der verfehlten Förderpolitik der Regierung Kohl war. Wenn der Abbau dieser Überkapazitäten abgeschlossen ist, wird sich das dynamische Industriewachstum auch im Gesamtwachstum niederschlagen.

Förderung nach dem Gießkannenprinzip ist nicht länger sinnvoll. Sie ist auch vor dem Hintergrund der großen Haushaltsprobleme von Bund, Ländern und Kommunen nicht dauerhaft leistbar. Förderprogramme müssen den unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen der Regionen Rechnung tragen. Dabei sehen wir zwei Hauptaufgaben: Einerseits die Stärkung der vorhandenen Wachstumsregionen und andererseits die Stabilisierung der anhaltend wirtschaftsschwachen Städte und ländlichen Regionen.

Deshalb werden wir in der Wirtschaftsförderung Ost neue Akzente setzen, damit zukünftig ein zielgenauerer Mitteleinsatz erfolgt und vorhandene Wachstumskräfte gestärkt werden. Das betrifft insbesondere die regionale Wirtschaftsförderung, die Entwicklung ländlicher Regionen, die Innovationsförderung, die Investition in Bildung und Forschung, die Stadtentwicklung sowie den Infrastrukturausbau. Eine finanzielle Umverteilung unter den Ressorts darf dabei kein Tabu sein.

Förderung der Wachstumsregionen, Stärkung der Städte und der ländlichen Regionen gehören zusammen

Bündnis 90/Die Grünen plädieren seit langem für eine effiziente Förderung, die an den Stärken und Perspektiven der einzelnen Regionen ansetzt und diese gezielt unterstützt. Von wirtschaftlich erstarrenden Regionen gehen Ausstrahlungseffekte auf angrenzende strukturschwache Gebiete aus, die auch dort Entwicklungspotentiale stärken. Wir wollen daher besonders Zukunftstechnologien in Regionen fördern, in denen bereits Kerne neuer Industrien vorhanden sind. So schaffen wir am ehesten die Voraussetzungen, dass einzelne Regionen langfristig unabhängig von Transfers werden und eigenständige Entwicklungswege verfolgen.

Gleichzeitig wollen wir gezielt die Potenziale der ländlichen Regionen entwickeln. Wir setzen auf eine integrierte Strategie, die die landwirtschaftliche Produktion mit der Erschließung neuer Einnahmequellen verbindet. Dazu gehören die Weiterverarbeitung und Veredelung hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Produktion erneuerbarer Energien und der Ausbau touristischer Angebote. Wir werden strukturschwache Regionen im Rahmen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der Mittelstandsförderung und der Gemeinschaftsaufgaben weiterhin unterstützen.

Aber auch vor Ort in den Kommunen, Landkreisen und Ländern muss sich die Einsicht durchsetzen, dass eine erfolgreiche Entwicklung nur gemeinsam und nicht gegeneinander erreicht werden kann. Dies bedeutet den Abschied von der Kirchturmpolitik der vergangenen Jahre, die zu erheblichen Fehlallokationen, z.B. bei der Erschließung und Vorhaltung von Gewerbe- und Industriegebieten, aber auch in der Wirtschaftsförderung geführt hat. Daher muss sich die Vergabe von Fördermitteln künftig auch an überregionalen und länderübergreifenden Wirtschaftsstrukturen orientieren.

Wirtschaftsförderung ist nicht alleine eine Aufgabe des Bundes oder der Länder. Den Kommunen und Landkreisen kommt daher in Zukunft eine noch stärkere Eigenverantwortung zu. Sie müssen die Schwerpunkte ihrer Wirtschaftsförderung besser definieren, eigene Entwicklungskonzepte erarbeiten und eine aktivere Rolle bei der Identifizierung ihrer Stärken und Schwächen übernehmen.

Mit dem Solidarpaket II stehen dem Osten ab kommendem Jahr bis 2019 insgesamt 156 Mrd. € zur Verfügung. Dieses Geld muss dem Aufbau einer tragfähigen Wirtschaftsbasis dienen, damit Transferleistungen langfristig überflüssig werden. Deshalb stehen die Länder in der Verantwortung, diese Mittel für Investitionen einsetzen statt für konsumtive Ausgaben wie Personal oder Pensionszahlungen. Gemeinsam mit den Ländern müssen wir hier eine Lösung finden. Und in diesem Zusammenhang muss der Investitionsbegriff neu definiert werden.

Regionale Wirtschaftsförderung stärken – Chancen der ökologischen Modernisierung nutzen

Das zentrale Instrument der Wirtschafts- und wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung in den neuen Ländern ist die Gemeinschaftsaufgabe für Regionale Wirtschaftsförderung (GA). Ihr Schwerpunkt liegt in der Förderung überregionaler Wirtschaftskreisläufe. Die GA ist ein effizientes, arbeitsplatzerkundendes und -schaffendes Instrument mit einer hohen Zielgenauigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass GAMittel stärker in Zukunftsbranchen sowie in Dienstleistungsbereiche fließen. So leistet dieses Instrument einen gezielten Beitrag zum Entstehen neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Im Zuge der Föderalismusdebatte wird die GA von Teilen der Kommissionsmitglieder in Frage gestellt. Dem wollen wir entgegen wirken - auch im Hinblick auf die Veränderungen in der EU-Strukturpolitik, die aus der EU-Erweiterung resultieren. Wir wollen die Finanzausstattung der GA in den neuen Ländern im Rahmen der Vorgaben aus dem Solidarpaket II verstärken. Statt die bis 2006 befristete Investitionszulage zu verlängern, halten wir die GA für das bessere Instrument. Die Investitionszulage in ihrer jetzigen Form bewirkt zu hohe Mitnahmeeffekte bei den Unternehmen und ist damit nicht zielgenau.

Wir unterstützen das von der EU für die jetzigen Ziel-1-Gebiete vorgesehene "Phasing-Out"-Verfahren für den kommenden EU-Finanzplanzeitraum 2007-2013. Falls es zu einem Abbau der EU-Förderung kommt, muss über eine zeitnahe nationale Kompensation entschieden werden.

Der ökologische Strukturwandel trägt maßgeblich zum Entstehen neuer Arbeitsplätze bei. In Deutschland sind im Bereich erneuerbare Energien bislang mehr als 130.000 Arbeitsplätze entstanden, ein beträchtlicher Teil davon im Osten. In Magdeburg beschäftigt der Windkraftanlagenbauer Enercon über 2.000 Mitarbeiter. In Lauchhammer, wo früher Braunkohle abgebaut wurde, produziert Vestas Rotorblätter für Windräder. Im sächsischen Freiberg und in Erfurt haben sich Firmen der Solarwirtschaft angesiedelt. In Neustadt-Glewe entstand ein modernes Geothermiekraftwerk. Das sind sichtbare Zeichen für den Einstieg in eine nachhaltige Energieversorgung. Damit tun wir etwas für den Klimaschutz und schaffen neue Arbeitsplätze. Wir setzen uns dafür ein, diese positive Entwicklung weiter zu fördern.

Mittelstandsfinanzierung weiterentwickeln

In Ostdeutschland existieren vor allem kleine und mittelständische Firmen, große Unternehmen sind weniger verbreitet. Gerade klein- und mittelständische Betriebe haben oft Schwierigkeiten, günstige Kredite zu erhalten, um Liquiditätseingpässe zu überbrücken oder ihr Wachstum zu finanzieren. Die Gründung der Mittelstandsbank hat hier ein positives Zeichen gesetzt. Dennoch ist die Zurückhaltung der Hausbanken nicht akzeptabel. Ändert sich dies nicht, müssen die staatlichen Investitionsbanken v.a. für innovative Unternehmen mit gezielten Programmen für die Bereitstellung von Risikokapital die Lücken schließen.

Forschung und Entwicklung: Die Motoren für Innovationen

Neue und sichere Arbeitsplätze entstehen vor allem in zukunftssträchtigen Wirtschafts- und Dienstleistungsbranchen. Damit Innovationen entstehen, ist ein aufgeschlossenes gesellschaftliches Umfeld notwendig, das Menschen angeregt, ihre kreativen Potentiale zu nutzen und zu entfalten.

Die Hochschulen in den neuen Ländern müssen stärker als bisher auf die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft setzen. Sie können zum Schließen der Unternehmenslücke im Osten beitragen, indem sich wirtschafts- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge noch konsequenter an der Praxis orientieren und junge Menschen gezielt auf ein selbstständiges Unternehmertum vorbereiten.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche Wissenschaftsorganisation ist die Leibniz-Gemeinschaft. Seit 1992 haben sich aus ihr über 40 Unternehmen in Ostdeutschland ausgegründet. Die Evaluierung durch den Wissenschaftsrat hat die hervorragende internationale Bedeutung vieler ostdeutscher Institute bestätigt. In den neuen Ländern erfüllen die Leibniz-Einrichtungen eine doppelte Funktion: Sie sind wissenschaftliche Kompetenzzentren sowie Kerne der wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Regionen.

Gleichzeitig muss die regionale Vernetzung von Forschung, Hochschulen und Wirtschaft weiter vorangetrieben werden. Die wettbewerbliche Vergabe von Forschungs-Mitteln an Regionen, in denen Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen innovativer Netzwerke kooperieren, hat sich als ein sehr wirksames Instrument erwiesen. So entwickeln sich Kerne, die eine regionale Dynamik entfalten, in denen zusätzliche Arbeitsplätze im Industrie- und Dienstleistungsbereich entstehen. Der 1999 initiierte InnoRegio-Wettbewerb ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Innovationsförderung in den neuen Ländern. Er soll die Zusammenarbeit regionaler Akteure fördern, um ihre Innovationsfähigkeit zu stärken. Inzwischen entstanden 23 Kooperationsgemeinschaften mit über 600 Einzelvorhaben. Wir werden die wissenschaftliche Evaluation des Wettbewerbes bis zum Abschluss 2006 begleiten und daraus Schlüsse für die künftige Innovationsförderung ziehen.

Die Förderung der technologischen Leistungsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik entwickelt. So haben wir starke Anreize für ostdeutsche Forschungsunternehmen gesetzt. Anders als in Westdeutschland, wo besonders Großunternehmen Forschung und Entwicklung betreiben, sind in den neuen Ländern vor allem kleine und mittelständische Firmen aktiv. Mit Hilfe der Förderung ist es gelungen, diesen Größennachteil auszugleichen: In der Forschungsintensität stehen ostdeutsche Firmen den westdeutschen Unternehmen kaum nach. Allerdings mangelt es noch an der Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte. Weil dies jedoch letztlich der Gradmesser für unternehmerischen Erfolg ist, wollen wir uns hierfür besonders engagieren. Daher sollen die zur Verfügung stehenden Bundesmittel für Innovationsförderung stärker in diesen Bereich gelenkt werden. Wo wir die Forschungsförderung verstärken, muss besonders darauf geachtet werden, dass auch kleine und mittlere Unternehmen einbezogen werden.

Integrierte ländliche Entwicklung: Perspektiven für die ländlichen Regionen

Die zukünftige Entwicklung der ländlichen Regionen liegt uns besonders am Herzen. Gerade dort liegen Potentiale, die noch nicht von allen wahrgenommen werden. Neue Arbeitsplätze entstehen, wenn neben der landwirtschaftlichen Produktion neue Einnahmequellen erschlossen werden. Dazu gehören die Weiterverarbeitung und Veredelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Produktion nachwachsender Rohstoffe, die Förderung erneuerbarer Energien und der Ausbau touristischer Angebote.

Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern hat in kürzester Zeit einen gewaltigen Anpassungsprozess durchlaufen. Von 100 Beschäftigten, die 1989 in der Landwirtschaft tätig waren, sind heute noch 10 % in diesem Bereich tätig. Die ländlichen Gebiete kämpfen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung. Ohne gezielte Unterstützung werden hier die wirtschaftlichen Grundlagen

und die Lebensqualität weiter erodieren, so dass es zu einer beschleunigten Entwertung dieser Regionen mit den entsprechenden negativen sozialen Entwicklungen und Folgekosten kommt. Die Politik kann nicht garantieren, dass sich alle Gebiete gleichmäßig entwickeln. Aber wir werden nicht weite Teile Ostdeutschlands sich selbst überlassen. Deshalb wollen wir in ländlichen strukturschwachen Gebieten Anreize geben, damit neben der Landwirtschaft neue Geschäftsfelder entwickelt werden.

Wir setzen uns für eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen ein und wollen die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik konsequent nutzen, um den Menschen Chancen zu bieten. Dafür brauchen wir eine multifunktionale Landwirtschaft, die ökonomische mit sozialen und ökologischen Zielen verbindet. Und wir brauchen Menschen vor Ort, die für diese neuen Möglichkeiten offen sind – als Land- und Energiewirte, als touristische Dienstleister und Landschaftspfleger, als Erzeuger von nachwachsenden Rohstoffen und Energiepflanzen und als Produzenten von Qualitätsprodukten.

Mit Blick auf die garantierte Wahlfreiheit zwischen gentechnisch veränderten und gentechnikfreien Lebensmitteln unterstützen wir die freiwilligen Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben zu gentechnikfreien Regionen. So wird sicher gestellt, dass Verarbeitungs- und Handelsunternehmen gentechnikfreie Produkte erhalten und den Wünschen der Mehrzahl der Verbraucher entsprochen wird.

Wir unterstützen die Vorbildwirkung der neuen Länder für die ökologische Landwirtschaft in Deutschland. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern werden inzwischen 8,8 % bzw. 7,6 % der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet. Beide Länder sollten ihre Vermarktungspotentiale ausbauen, die sich aus ihrer Nähe zu Berlin mit seinen 3,4 Millionen Einwohnern ergeben.

Große Chancen bietet die weitere touristische Entwicklung. 84 Prozent der Deutschen legen Wert auf intakte Natur und umweltfreundliches Verhalten auch am Urlaubsort. Davon profitieren vor allem die ostdeutschen Länder. Hier entstanden in den vergangenen zehn Jahren durch Eigeninitiative und Förderungen zahlreiche neue, moderne touristische Angebote. Beispiele sind Nationalparks und Biosphärenreservate, Naturparks mit neuen Radwegenetzen, neue Urlaubsmöglichkeiten auf dem Bauernhof und Wassertourismus. Auch Hofläden und Wellnessangebote als Ausdruck einer neuen gesundheitsbewussten Lebensweise gehören zum Angebot. Allein im Harz werden durch den Tourismus 30.000 Arbeitsplätze gesichert. Wir wollen die naturverträgliche Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur fördern und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse behinderter bzw. mobilitätseingeschränkter Menschen legen.

Die Gemeinschaftsaufgabe für Agrar- und Küstenschutz (GAK) ist das wichtigste Förderinstrument für die ländlichen Regionen. Sie umfasst zum einen einzelbetriebliche Maßnahmen. Dazu gehören z.B. die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (einschließlich Maßnahmen zum Tierschutz und zur Qualitätssicherung) sowie die Förderung der Landschaftspflege und des Agrarumweltschutzes. Diese sollten weiterhin ohne regionale Schwerpunkte angeboten werden.

Zum anderen werden im Rahmen der GAK überbetriebliche Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung gefördert, z.B. Dorfentwicklung und agrarstrukturelle Entwicklungsplanung. Diese Mittel sollten künftig auf strukturschwache Regionen konzentriert werden, die diese Maßnahmen nicht aus eigener Kraft erbringen können. Bereits heute ist im Rahmen der GAK die Förderung weicher Standortfaktoren möglich. Diese wollen wir weiter ausbauen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass mit der GAK regionale Wirtschaftskreisläufe stärker unterstützt werden, z.B. das Handwerk sowie die Nah- und Grundversorgungseinrichtungen.

Infrastruktur ist mehr als Beton!

Investitionen in Bildung, Kultur und familiäre Angebote stärken!

In den vergangenen Jahren ist viel Geld in den Ausbau der technischen Infrastruktur Ostdeutschlands geflossen. Der Anschlussgrad für die Abwasserentsorgung hat das Niveau der alten Bundesländer erreicht, und die Telekommunikationsstruktur ist auf dem modernsten Stand der Technik. In die Bundesverkehrswege wurde besonders viel investiert, so dass – gemessen an der Einwohnerdichte - von einer Infrastrukturlücke im Vergleich zu den alten Ländern nicht mehr gesprochen werden kann.

Momentan stellt der Bund vorrangig Finanzmittel für die verkehrliche Entwicklung zur Verfügung. Auch zukünftig wird der Aus- und Neubau von Verkehrswegen in den neuen Bundesländern überproportional finanziert. Studien belegen aber deutlich, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur allein nicht zu dem erhofften Entstehen neuer Arbeitsplätze führt. Eine gute verkehrliche Anbindung von Regionen gilt als Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen, sie ist aber nur ein Standortfaktor unter vielen.

So genannte weiche Standortfaktoren sind zunehmend mit dafür ausschlaggebend, ob investiert wird. Sie werden gerade für Unternehmen immer bedeutender, die hoch qualifizierte und motivierte Mitarbeiter für ihr Geschäftsmodell benötigen. Regionen mit guten "weichen Qualitäten" ziehen solche Arbeitnehmer eher an. Investitionen in soziale Infrastruktur, in Bildung und Wissenschaft, in Kinderbetreuung und Schulen, Sport- und Jugendeinrichtungen, in kulturelle Angebote, innerstädtische Lebensqualität – dies alles ist mitentscheidend für die Ansiedlung neuer Betriebe. Städte wie Leipzig oder Potsdam zeigen, dass weiche Standortfaktoren ein Pfund im Wettbewerb um die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze sind.

Aus bündnisgrüner Sicht kommt dem Bildungsbereich eine immer größere Bedeutung zu. Das Fördern kreativer Lernprozesse beginnt bereits im Kindergartenalter. Im Osten ist ein breites Betreuungsangebot für Unter-3-Jährige vorhanden. Allerdings ist die Qualität der Betreuung nicht immer zufriedenstellend. Das betrifft vor allem den baulichen Zustand vieler Einrichtungen. Finanzielle Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. €, die den Kommunen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für den Ausbau der U3-Betreuung zur Verfügung stehen sollen, müssen deshalb im Osten für eine Qualitätsverbesserung der vorhandenen Angebote genutzt werden.

Seit Sommer 2003 läuft das Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung", durch das die Bundesländer die Angebote von Ganztagschulen verbessern können. Bis zum Jahr 2007 können die Länder insgesamt 4 Mrd. € für Investitionsmaßnahmen abrufen. Da die Länder zunächst Förderrichtlinien erarbeiten und die daraufhin eingehenden Anträge der Schulen überprüfen müssen, läuft das Programm erst langsam an. Gerade im Osten sind die Bundesmittel eine unverzichtbare Unterstützung, um die gute Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Die vielfach bereits bestehende ganztägige Betreuung in den Schulen bietet gute Startchancen für die Umsetzung des Konzeptes der Ganztagschule.

Die Städte stärken – den Stadtumbau zügig vorantreiben

Ein großes Problem vieler ostdeutscher Städte sind Geburtenrückgang und Abwanderung. Wir haben uns darum für das Programm Stadtumbau Ost und die Verbindung von Rückbau mit Aufwertung stark gemacht und werden dies weiterhin tun. Städte, die fortdauernd von Bevölkerungsrückgang betroffen sind, brauchen die Unterstützung von Bund und Ländern, um auch im Rückbau die notwendigen Infrastrukturen für Bildung, Gesundheit, öffentlichen Nahverkehr und Versorgung sicherzustellen

Seit der Wende wurden in allen ostdeutschen Städten umfassende Innenstadtsanierungen und der Wohnungsbau gefördert. Die neue Schönheit der zu DDR-Zeiten verfallenden historischen Stadtkerne fördert einerseits die Identifikation der Menschen mit ihren Städten und zieht viele Touristen an. An-

dererseits stellen Wirtschaftsschwäche, Zersiedelung und Bevölkerungsabwanderung die Städte vor große Probleme. 1,3 Mio. Wohnungen stehen momentan leer. Auch viele Büroflächen, Läden und Gewerbegebiete sind von Leerstand betroffen. Kommunalpolitiker und Wohnungswirtschaft müssen sich der harten Aufgabe von Abriss und Stadtteilrückbau stellen.

In der rot-grünen Koalition haben wir diesen Prozess konstruktiv und umsichtig unterstützt: 1999 haben wir das Programm "Soziale Stadt" als Hilfe für sozial benachteiligte Stadtteile eingeführt. Seit 2001 entlastet eine Härtefallregelung die Wohnungsunternehmen mit großem Leerstand von den Altschulden. 2002 begann das Programm "Stadtumbau Ost", mit dem der Bund Stadtentwicklungskonzepte und darauf aufbauend bis 2009 Wohnungsabriss und Quartiersaufwertung fördert.

Rot-Grün hat die gesetzlichen Grundlagen für die Programme "Stadtumbau Ost" und "Soziale Stadt" im Baugesetzbuch geschaffen. Die rot-grüne Koalition hat eine befristete Grunderwerbssteuerbefreiung für die Fusion von Wohnungsunternehmen beschlossen, um Insolvenzen zu vermeiden. Bündnis 90/Grüne setzen sich auch für eine Neuregelung der Grundsteuerbefreiung bei Leerstand ein. Wir sehen auch Handlungsbedarf im Bereich der kommunalen Infrastrukturen, die an den veränderten Bedarf angepasst werden müssen.

Wir machen uns stark für eine bedarfsgerechte Fortschreibung des "Stadtumbaus Ost" und der Städtebauförderung. Dabei geht es uns insbesondere um die Stärkung von Aufwertungsmaßnahmen in den Innenstädten und den von Rückbau betroffenen Quartieren.

In Ergänzung zum Stadtumbauprogramm setzen sich Bündnis 90/Die Grünen dafür ein, dass in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen Konzepte erarbeitet werden, mit denen auch im Rückbau und bei sinkender Bevölkerung die wichtigsten Infrastrukturen aufrecht erhalten werden, vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, soziale Dienste und öffentlicher Nahverkehr.

Chancen der EU-Osterweiterung nutzen

Mit der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten verbinden wir vor allem positive Erwartungen. Die neuen Länder stehen durch den Beitritt der EU-Mitglieder geographisch im Zentrum Europas. Ihnen kommt aufgrund ihrer geschichtlichen Gemeinsamkeiten mit den östlichen Beitrittsländern und ihren Transformationserfahrungen eine Mittlerfunktion zu. Beispiele dafür sind die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder oder zweisprachige Schulen im Grenzgebiet zu Polen.

Vor allem für Unternehmen in den ostdeutschen Grenzregionen bieten sich aufgrund der Nähe zu den Beitrittsstaaten mittelfristig neue Absatzchancen. Sie stehen vor der Aufgabe, sich gezielter an den Anforderungen des grenzüberschreitenden regionalen Marktes auszurichten. Das beginnt mit dem Abbau von Sprachbarrieren und reicht bis zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit osteuropäischen Unternehmen. In diesem Bereich fördert die Gemeinschaftsinitiative Interreg 3A z.B. Sprachausbildungen, Unternehmensberatungen und Coaching.

Wir brauchen neue Formen der Beschäftigungsförderung

Die oben dargestellten Maßnahmen stellen die Weichen, um auf mittlere Sicht die hohe Arbeitslosigkeit im Osten abzubauen. Sie werden langfristig wirken und im Zusammenspiel mit einer effektiven Wirtschaftspolitik die vorhandene Arbeitsplatzlücke schließen.

Die aktuellen Reformen am Arbeitsmarkt gehen in die richtige Richtung. Kurzfristig können sie das strukturelle Problem in Ostdeutschland aber nicht lösen. Deshalb sind wir offen für neue Modelle der Beschäftigungsförderung, die den Teilnehmern Entwicklungsperspektiven am Arbeitsmarkt geben und die öffentliche Förderung wirtschaftlich sinnvoll und nachhaltig einsetzen. Modelle, die z.B. Lohnsubventionen in Höhe der Sozialversicherungsbeiträge vorsehen und anders als die Vorschläge der Union zum Niedriglohnsektor keine verdeckte Unternehmenssubvention darstellen, sollten zur Ausweitung des Arbeitsplatzangebots erprobt werden.